

Ostholsteinbrief

FRÜHSOMMER 2014

NUMMER 37

5. JAHRGANG

WWW.SP-D-OSTHOLSTEIN.DE

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,



es gibt zurzeit viele politische Themen, zu welchen im OH-Brief Stellung genommen werden könnte. Mindestlohn, Rente mit 65, Lehrerbildungsgesetz oder Lehrerunterversorgung der Schulen. Wir haben uns trotzdem für die Themen der Beltregion und die neuen Entwicklungen zur Geburtsstation in Oldenburg, entschieden.

Mit der Veröffentlichung des Raumordnungsbeschlusses für die Schienenhinterlandanbindung lebte die Debatte vor Ort wieder auf, worin die Vor- und Nachteile dieses Beschlusses liegen. Auch der zeitliche Faktor der Fertigstellung der Hinterlandanbindung in Bezug auf den Fertigstellungstermin des Tunnelprojekts wird in der Region diskutiert. Hinzu kommt das Planfeststellungsverfahren zum Belttunnel, das uns einige Termine vorgibt. So mussten bis zum 3. Juli die Einwendungen eingereicht sein. Eine mögliche Fertigstellung des Tunnels vor der Fertigstellung der Hinterlandanbin-

dung könnte erhebliche Probleme für Ostholstein bedeuten. Ihr seht, es steckt eine Menge Potential in dem Thema dieses OH-Briefes. Wir wollen aber auch andere Perspektiven der Beltregion beleuchten. So geht es um die schulische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Begegnungen zwischen Dänen und Deutschen aus denen Freundschaften werden uvm. Wir wünschen euch eine schöne Sommerpause. ■

Mit roten Grüßen
Euer

Lars Winter Mdl.,
Kreisvorsitzender

INHALT	SEITE
Editorial	1
Familiensommer	1
KV/KTF zur Geburtsstation	2
AsF zu Geburten in OH	2
ROV-Wahrheit	3
Gute Nachbarschaft	5
DK Treffen	6
Dänen im Wahlkampf	6
Schluss für Alle?	7
Hinterland-Anwohner	7
Bäderbahn-Gemeindevertreter	8
Zwei Utopien!?	5
Unsere Tourismusziele	10
Ferienkompromiss	10
KTF-Sommerklausur	11
Jetzt ... Sommerpause!	12
Impressum	12

SPD FAMILIENSOMMER-SONNTAG 2014

AM 13. JULI AB 10.00 UHR IM TIERPARK ARCHE WARDER

Diesmal geht es in Europas größten Tierpark für seltene und vom Aussterben bedrohte Nutztierassen. Erleben Sie auf 40 Hektar rund 1200 Tiere aus 82 Rassen: Rinder, Pferde, Esel, Schafe, Ziegen, Schweine und Geflügel.

Hunde dürfen angeleint mit in den Park.

Spiel, Spaß und Abenteuer mit der SPD und Glücksrad, Gewinnspiel mit tollen Sachpreisen, der Hektor dem Gaukler-Bühnenshow, Dosenwerfen, Stockbrot, Spielzelt, Zuckerwatte, Abenteuerspielgeräten, Turropolje (Schweine)-Fütterung u.v.m.



Der Familiensommer wird vom SPD-Landesverband SH und dem Forum Familie der SPD mithilfe des Deutschen Kinderschutzbundes und vielen ehrenamtlichen Helfern organisiert. www.arche-warder.de, Langwedeler Weg 11, 24646 Warder.

Gegen kleines Entgelt:

Ponyreiten, Essen & Getränke im SPD-Dorf, Grillstätten zum Selber-Grillen (Voranmeldung beim Tierpark ist erforderlich), Tierfutter ...

Der SPD Kreisverband Ostholstein hat für den Familiensommer einen Reisebus gechartert, der alle Familien kosten-

frei nach Warder hin und rechtzeitig zum Fußballenspiel zurückbringen wird.

Eintritt und Busfahrt frei!

Bitte montags und donnerstags in der SPD-Kreisgeschäftsstelle unter Telefon 04521-5957, Fax -2420 sowie E-Mail kv-ostholstein@spd.de anmelden.

Abfahrtszeiten

7.00 Uhr ab Lübeck, Parkplatz Am Spargelhof/Lohmühlenkreisel,
7.15 Uhr ZOB Bad Schwartau,
7.50 Uhr ZOB Eutin,
8.25 Uhr Oldenburg, Schauenburger Platz,
8.40 Uhr ab ZOB Lütjenburg,
9.00 Uhr Bahnhof Raisdorf. ■

ERKLÄRUNG DES KREISVORSITZENDEN UND DES FRAKTIONS-VORSITZENDEN ZUR SITUATION DER GEBURTSTATION OLDENBURG

Die SPD Ostholstein und die SPD Kreistagsfraktion fordern eine Sondersitzung des Sozialausschusses und des Kreistages des Kreises Ostholstein noch vor der Sommerpause.

Für den 3. Juli war zu einem Runden Tisch in Oldenburg eingeladen worden. Das Rettungskonzept, das im Falle der Schließung der Geburtsstation Mutter und Kind zuverlässig und schnell zu Geburtshelfern bringen muss, sollte diskutiert werden. Im Vorfeld wurde kolportiert, dass es ein neues Rettungskonzept gäbe. Ein neuer Entwurf eines Rettungskonzeptes ist geboten, da der bisherige Entwurf nicht tragfähig ist und nicht zur Rettung oder Sicherung der Schwangeren im Nordkreis beiträgt.

In diesem Zusammenhang ist es verwunderlich, dass selbst der Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion keine Kenntnis von dem neuen Papier hatte. Die Sana-Klinik und der Kreis Ostholstein haben offensichtlich aus dem bisherigen Kommunikationsdesaster der vergangenen Monate nichts gelernt.

Ein runder Tisch kann keine verbindlichen Aussagen oder Beschlüsse für den Kreis Ostholstein treffen. Deshalb fordern

wir eine Sondersitzung des Sozialausschusses und des Kreistages des Kreises Ostholstein, denn der Ausschuss kann das neue Papier nur diskutieren und die Beschlüsse vorbereiten in denen das neue Rettungskonzept bewertet wird. Fest steht, dass mit der Vorlage eines neuen Rettungskonzeptes zugestanden wird, dass die bisherigen Begründungen zur Schließung der Geburtsstation Oldenburg nicht tragfähig sind, weil inzwischen viele neue Fragen aufgetreten sind wie z. B. die Aussage von Prof. Dr. Kreienberg, dass die maximale Entfernung zu einer Geburtenstation nur 30 Fahrminuten betragen dürfte. Außerdem ist die Rolle von Dr. Knacke bei der Erstellung des Rettungskonzeptes zu hinterfragen, weil er in Personalunion sowohl für den Kreis als auch für SANA tätig ist. Daraus resultiert, dass die Schließung der Geburtsstation Oldenburg zum 1. August 2014 nicht erfolgen kann. ■

Lars Winter, MdL

Kreisvorsitzender der SPD Ostholstein

Burkhard Klink

Fraktionsvorsitzender der SPD Kreistagsfraktion

FÜR DIE WAHLFREIHEIT DER ART DER GEBURT DASEINSVORSORGE IM FLÄCHENKREIS OSTHOLSTEIN!



Der auf der Bundesfrauenkonferenz diskutierte und angenommene Antrag der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Frauen des Landesverbandes Schleswig-Holstein ist vor dem Hintergrund der drohenden Schließung der Geburtenstation der Sana-Klinik in Oldenburg sowie der bereits vollzogenen Schließung der Asklepios-Klinik auf Sylt in Nordfriesland hochaktuell.

Wir brauchen dringend diese von uns geforderte gesetzliche Regelung der medizinisch vertretbaren

Erreichbarkeit innerhalb von 30 Minuten! Die Geburtenstation in Oldenburg in Holstein muss erhalten bleiben, da der Norden Ostholsteins ansonsten unterversorgt ist.

Geburtenstationen oder Geburtshäuser müssen in einer sozial und medizinisch vertretbaren Zeitspanne erreichbar sein. Diese Forderung wird seit letzter Woche von Medizinern untermauert, die eine Erreichbarkeit innerhalb von 30 Minuten als lebensnotwendig für Mutter und Kind erachten. 85 km zur nächsten Geburtsklinik für die Fehmarane-

rinnen, wäre in der Bundesrepublik einmalig. Den Wohnort und die Familie für Wochen vor dem errechneten Termin zu verlassen, um in einem Hotel, Appartement oder Familienzimmer im Krankenhaus im Boarding-System auf die ersten Wehen zu warten, bedeutet eine familienlogistische Meisterplanung und puren Stress für die Beteiligten. Kaiserschnittgeburten sind so vorprogrammiert.

Für das Recht auf selbstbestimmte Geburt und Geburtsbegleitung sind Hebammen im wahrsten Sinne des Wortes lebensnotwendig. Der Berufsstand und deren Existenz muss durch eine bezahlbare Haftpflichtversicherung unter staatlicher Beteiligung gesichert werden. Ebenfalls muss für eine Anhebung der Fallpauschalen im geburtshilflichen und gynäkologischen Bereich gekämpft werden.

Die von mir vorgetragene Argumente für den Antrag S 22 überzeugten in Karlsruhe, so dass am 22. Juni 2014 der Antrag in der vom Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Frauen in Schleswig-Holstein eingebrachten folgenden Fassung mit den fünf Forderungspunkten angenommen wurde.

Für die Wahlfreiheit und die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper.

1. Die Wahlfreiheit von Frauen über die Art der Geburt, die rechtlich (eigentlich) garantiert ist, muss erhalten bleiben, damit eine strukturelle Diskriminierung von Frauen im Gesundheitswesen vermieden wird. Dies bedeutet eine gleichberechtigte Versorgung der Bevölkerung mit Geburtsstationen an Kliniken wie mit Geburtshäusern und ambulanten Hebammen.

2. Anhebung der Fallpauschalen (Bewertungsrelationen diagnosebezogenen Fallgruppen DRGs im geburtshilflichen und gynäkologischen Bereich)

3. Ein verbindliches Gesetz, das Frauen garantiert in einer sozial und medizinisch vertretbaren Entfernung auf einer Geburtenstation oder in einem Geburtshaus entbinden zu können.

4. Prüfung des Zusammenhangs von Kaiserschnitten und dem Gewinnstreben der Verantwortlichen

5. Den besonderen Schutz der natürlichen Vorgänge um Schwangerschaft und Geburt als Teil der Daseinsvorsorge.

Das ist ein wichtiger Beschluss, der bei der Aufstellung des Landesplanes SH zur Versorgung der Geburtshilfe Berücksichtigung finden muss! 85 km Anfahrtswege sollten nicht über den Status einer Modellregion als bundesweites Vorbild dienen. Wir brauchen die gesetzliche Regelung der medizinisch vertretbaren Erreichbarkeit innerhalb 30 Minuten! Die Geburtenstation in Oldenburg in Holstein muss erhalten bleiben, da der Norden Ostholsteins sonst unterversorgt ist. ■

Annette Schlichter-Schenck
Vorstandsmitglied der Landes AsF SH



Die Delegation aus Schleswig-Holstein bei der Bundesfrauenkonferenz in Karlsruhe

Foto © Luisa Boos

HINTERLANDANBINDUNG MIT DEM ROV KOMMT DIE STUNDE DER WAHRHEIT

Die Landtagsabgeordneten Lars Winter, Sandra Redmann und ich haben als bekennende Beltquerungsgegner das Ergebnis des FBQ-Raumordnungsverfahrens Anfang Mai gemeinsam öffentlich kommentiert und festgestellt, wovor wir drei Abgeordnete seit Jahren fast gebetsmühlenartig gewarnt haben: Die Fehmarnbeltquerung mit der Hinterlandanbindung hat – egal, wie die Trasse letztendlich sein wird – in Ostholstein keine Gewinner, sondern höchstens unterschiedlich stark betroffene Verlierer unter Anwohnern und Kommunen. Das hohle Versprechen der Befürworter, eine zugleich sozial und ökologisch verträgliche Trasse zu suchen, ist damit enttarnt als das, was wir Ostholsteiner Sozialdemokraten seit Jahren gesagt haben: eine unmögliche Quadratur des Kreises und der Versuch, die Menschen in Ostholstein mit Beruhigungsspielen einzulullen.

Dennoch zollen wir unserer Landesregierung Respekt dafür, wie ernsthaft sie die über 8000 Einwendungen der Anwohner und Kommunen aus Ostholstein seit Sommer 2013 gesichtet und bewertet hat – dieses Verfahren hat letztlich genau wegen dieser Ernsthaftigkeit fast neun Monate länger beansprucht als ursprünglich vorgesehen war und den Zeitplan für den geplanten Bau der Trasse erneut um ein Jahr verschoben. Weitere Verschiebungen werden folgen: die jetzt folgenden Vorbereitungen des Bundes für das Planfeststellungsverfahren sollen ein Jahr dauern – das Verfahren

selbst zwei Jahre. Fazit: im Frühjahr 2017 werden wir frühestens (dieser Zeitplan ist sehr ehrgeizig!) einen Planfeststellungsbeschluss haben, der dann erstmalig beklagt werden kann ... und wer glaubt eigentlich im Ernst, dass irgendeine Ausschreibung getätigt wird, bevor diese Klageverfahren – die jahrelang andauern können – abgeschlossen sind? Durch die Festlegung im Raumordnungsverfahren, von ca. 75 km Gesamtstrecke jetzt 55 (!) km neu und abseits der Bestandstrasse zu bauen, wird die zeitliche wie finanzielle Herausforderung für den Bund nicht etwa kleiner, sondern deutlich größer. Diese Festlegungen im ROV sind auch aus unserer Sicht als fundamentale Gegner ein deutlicher Erfolg, der im Übrigen ausschließlich den vielen engagierten Bürgerinitiativen und der guten Arbeit einiger besonders betroffener Bürgermeister zu verdanken ist. Und natürlich auch dem Engagement der SPD-Ostholstein im konstruktiv-kritischen Dialog mit der Landes-SPD auf allen Ebenen. Diesen Kampf setzen wir unbeirrt fort!

Dass die Bäderorte jetzt großräumig umfahren werden sollen, ist natürlich aus Tourismus-Sicht und mit Blick auf die Anwohner dort zu begrüßen – aber: Erfolge auf der einen Seite bedeuten automatisch eine zusätzliche Belastung für andere, z.B. für die Pansdorfer. 55 Kilometer Neubaustrasse beinhalten Umfahrungen, die z.B. im Fall von Großenbrode ein riesiger Fortschritt für die Menschen dort und auch un-



serem Engagement als SPD Ostholstein zu verdanken sind. Andererseits bedeuten diese Umfahrungen in Ratekau, Oldenburg und Lensahn auch, dass der neue Trassenverlauf jetzt wieder bei anderen Betroffenen direkt vorm Gartenzaun landet, teils in sehr sensible Landschaftsbereiche eingreift und die jeweiligen Orte künftig per Bahn schwieriger erreichbar macht: jede Medaille hat eben zwei Seiten!

Denn nicht nur die Anwohner stellt die Transit-Trasse vor Probleme – auch der für unsere Region so wichtige Regionalverkehr wird ganz erheblich an Attraktivität verlieren. Wer nimmt schließlich den Zug, wenn man den Bahnhof nicht mehr fußläufig erreicht, sondern mit umständlichen und teuren Bus-Shuttle an die Transittrasse „gekarrt“ werden muss? Ob die von Schülern, Berufspendlern und Tagestouristen jetzt noch gut gefüllten Regionalverkehrszüge auf der Neubaustrecke auch in Zukunft so stark nachgefragt werden und ob dann weiterhin ein attraktiver Taktverkehr angeboten werden kann, bleibt fraglich – eine bittere Pille nach jahrelangen Anstrengungen um eine Steigerung der Zuggastzahlen! Um diese Problematik werden wir Abgeordneten uns in den nächsten Jahren mit ganzer Kraft kümmern!

Ein viel diskutiertes Problem ist mit dem Ergebnis des ROVs fast gelöst – jedenfalls dann, wenn im Planfeststellungsverfahren des Bundes diese jetzt vorgeschlagene Trasse mit 55 km Neubaustrecke durchkommt: die fast 50 Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen, die die Trasse kreuzen, müssen jetzt im Neubaubereich zu 100 Prozent – im Falle von Untertunnelungen und Überführungen zur Vermeidung von Bahnschranken mit unzumutbaren Schließzeiten – von der Bahn bzw. dem Bund finanziert werden. Dort, wo nach Eisenbahnkreuzungsgesetz an der Bestandstrasse enorme Kosten zu Lasten der Kommunen befürchtet werden, hat das Land die Bereitschaft zu Kostenübernahme signalisiert. Dafür werden wir uns einsetzen.

Ein zentrales Problem für Steuerzahler und Bund ist durch das Raumordnungsverfahren natürlich eher verschärft worden und wird endlich öffentlich auch in den Zeitungen, die bislang zum kritiklosen Jubelchor der Festen Querung gehörten, kritisch diskutiert – nämlich die weiterhin explodierenden Kosten der Beltquerung mit Hinterlandanbindung. Klar ist, dass angesichts von erstmalig zu planenden 55 Kilometern Neubaustrecke bei ca. 75 Gesamtkilometern zwischen Lübeck und Puttgarden eine weitere Kostenexplosion beim Bund offenbar werden wird. Die bisher von mir kalku-

lierten 2,5 Mrd. Euro Steuergelder für die Hinterlandanbindung inklusive der erforderlichen Erneuerung der Sundquerung – und damit die Verdreifachung der Kosten seit dem Beschluss zum Staatsvertrag 2009 – werden nach meiner Prognose jetzt bei weitem nicht reichen.

Nachdem ich das Bundesverkehrsministerium seit 2009 immer wieder im Rechnungsprüfungsausschuss als zuständige Berichterstatteerin für Verkehr mit aktualisierten Kostenprognosen genervt habe, naht jetzt für das Ministerium die Stunde der Wahrheit: denn der Rechnungsprüfungsausschuss hat auf meine Initiative bereits am 1. Oktober 2010 beschlossen, dass das Ministerium jeweils nach dem Raumordnungs- sowie nach dem Planfeststellungsbeschluss zeitnah einen detaillierten Bericht zu der prognostizierten aktualisierten Kostenentwicklung (inkl. Sundquerung!), zum weiteren Zeitbedarf für Ausführungsplanung, Ausschreibung und Vergabe, dem Zeitraum der Inbetriebnahme und dem Zeitpunkt der Etatreife vorlegen muss. Besonders pikant: dieser Beschluss wurde im Rechnungsprüfungsausschuss im Oktober 2010 auf meine Initiative GEGEN die Stimmen der Grünen und der Linken mit Unterstützung nur von CDU und FDP gefasst. Und jetzt muss das Ministerium liefern, denn am 21. Februar 2014 hat der Rechnungsprüfungsausschuss unter meiner Leitung – dieses Mal einstimmig – seinen fast vier Jahre alten Beschluss bekräftigt und Dobrindt aufgefordert, binnen drei Monaten nach dem ROV, also Mitte August, den ausführlichen Bericht (inkl. Bewertung zur Sanierung/Neubau der Sundquerung) vorzulegen. Ich bin darauf schon gespannt sowie auf die kritische Bewertung des Bundesrechnungshofes (BRH) dazu. Darüber hinaus müssen im Rahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans 2015 sowohl Kosten als auch Nutzen der Hinterlandanbindung, einschließlich Sundquerung, auf Grundlage aktualisierter Verkehrszahlen und solider Kostenprognosen ohnehin neu kalkuliert und im Haushaltsausschuss beraten werden.

Da Verkehrsminister Dobrindt und die Deutsche Bahn bislang noch nicht einmal zugegeben haben, dass die Kosten des Projektes – vor knapp fünf Jahren mit ursprünglich 840 Mio. € beschlossen – sich mindestens verdoppeln bzw. verdreifachen werden, bin ich gespannt, wie man das Raumordnungsergebnis jetzt bei der Planfeststellung umsetzen und letztlich finanzieren wird. Im Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017 ist schließlich noch nichts dafür vorgesehen.

Angesichts der massiven Kostenexplosion und zurückgehender Verkehrsprognosen steht für mich fest, dass Gespräche mit Dänemark auf der Grundlage von § 22 des Staatsvertrag zur Sinnhaftigkeit der festen Fehmarnbeltquerung seit langem überfällig sind. Noch hat das dänische Folketing das Baugesetz für die Beltquerung nicht beschlossen und noch könnte man die – auch in Dänemark – explodierenden Kosten für sinnvollere und zukunftsweisende Maßnahmen verwenden, die den Bürgern und Steuerzahlern in beiden Ländern mehr nützen. Fakt ist aber, dass die Initiative zu solchen Gesprächen nur von Bundeskanzlerin Merkel, Finanzminister Schäuble und Verkehrsminister Dobrindt ausgehen kann ... ich bleibe am Ball und mache Dampf. ■

Herzlichst Eure
Bettina Hagedorn, MdB

VIELE JAHRE PROJEKTARBEIT AN DER BERUFLICHEN SCHULE EUTIN KULT.KOM UND ANDERE PROJEKTE – AUF GUTE DEUTSCH-DÄNISCHE NACHBARSCHAFT!

Europa muss von den jungen Menschen gestaltet werden! Sie sind die Akteure von heute und morgen, die die europäische Zusammenarbeit weiter entwickeln. Mit diesem Ansatz wurden an der Beruflichen Schule Eutin bereits mehrere EU-Projekte durchgeführt. Seit nunmehr 17 Jahren kommen deutsche und dänische Auszubildende und Schülerinnen und Schüler nicht nur zu gemeinsamen Lernabschnitten zusammen. Man lernte sich insgesamt auch näher kennen und entwickelte ein Stück gegenseitiges Verständnis und gute Nachbarschaft in der Fehmarnbeltregion.



Es begann mit den Handwerkern. In Zusammenarbeit der Eutiner Schule, mit der Bauinnung Ostholstein und mit der dänischen Schule CELF in Nykøbing/Falster bauten dänische und deutsche Auszubildende des Maurer- und des Zimmererhandwerks im Team an verschiedenen Gebäuden in Eutin, Nykøbing und Neustadt/Holstein. In Eutin war es das Gebäude Markt 19 neben dem Rathaus; eine ehemalige Ruine wurde nach Vorgaben des Denkmalschutzes wieder hergestellt. Hier ist heute das Eutiner Tourismusbüro untergebracht. Der damalige Europaabgeordnete Willi Pieczyk besuchte die Baustelle und war begeistert von diesem Projekt namens EURO-TEAM.



In Nykøbing wurde ein altes Fachwerkhaus renoviert, in dem heute ein Museum untergebracht ist.

In Neustadt bekam das Umwelthaus einen neuen Eingangsbereich – eine Energiespar-Maßnahme.



Unter der Projektleitung der Beruflichen Schule Eutin wurde schließlich das Projekt REGIO-NET durchgeführt mit insgesamt sieben Partnereinrichtungen. Neben der Eutiner Schule waren dies die Berufliche Schule in Oldenburg, das Berufsbildungszentrum Plön, die Berufsschule der Handwerkskammer Lübeck, der Fachverband Bau Ostholstein, das Mittelalterzentrum in Nykøbing und die dänische Schule CELF in Nykøbing. Bei diesem Projekt wurde das deutsch-dänische Netzwerk in der Fehmarnbeltregion weiter ausgebaut. Im Eutiner Rathaus wurde diese Zusammenarbeit mit dem Austausch von Partnerschaftsurkunden besiegelt.

Die EU unterstützt diese Aktivitäten mit finanziellen Mitteln aus dem INTERREG-Programm. Dies geschieht auch im Rahmen der Beschlüsse zur Festen Fehmarnbeltquerung. Erklärte Absicht war immer, dass in diesem Zusammenhang der Ausbau der mentalen Brücke über den Fehmarnbelt erfolgen muss; dass Deutsche und Dänen miteinander und voneinander lernen und mit dem Ausbau der privaten und wirtschaftlichen Beziehungen eine gute europäische Nachbarschaft entwickeln.

Seit August 2012 führt die Berufliche Schule des Kreises Ostholstein in Eutin als sogenannte Leadpartner gemeinsam mit fünf weiteren deutschen und dänischen Schulen das Interreg IV-A-Projekt Kult.kom (Kultur & Kommunikation) durch. Ziel des dreijährigen Projektes ist die Förderung der Nachbarsprachen Dänisch und Deutsch an allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie die Wissensvermittlung von grenzüberschreitenden Zusammenhängen in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Politik und Geschichte (Ostseekunde).

Ein wichtiger Baustein der nachbarsprachlichen Förderung ist die Entwicklung von bilingualementem Kindergarten-Material, das von den angehenden Erzieherinnen und Erziehern der Fachschulen in Lensahn und Plön erstellt und durch die Schüler selbst als Sprachbotschafter in deutschen



Trommel-Workshop für gemeinsamen Rhythmus.



Im Parkur-Workshop werden Hindernisse möglichst geschickt überwunden.



Mit Begeisterung folgen die Tänzerinnen der Choreographie.

und dänischen Kindertagesstätten eingeführt werden.

Zu den weiteren Aktivitäten gehört die Gestaltung und Pflege einer Online-Schülerzeitung sowie die Durchführung von deutsch-dänischen Schulkonferenzen, die einmal jährlich in Form eines Workshop-Events stattfinden. Zu einem ersten Event dieser Art kamen über 200 deutsche und dänische Schülerinnen und Schüler im November 2013 in Nykøbing zusammen. Das Workshop-Angebot reichte von Musik über Tanz und Parkour-Klettern bis hin zu philosophischen Betrachtungen. Ein schönes, nachhaltiges Erlebnis für alle Teilnehmer. Das nächste Treffen dieser Art wird am 14. November 2014 an der Inselfschule in Burg auf Fehmarn stattfinden.

Als vor einigen Jahren Handwerker in Dänemark sehr knapp waren, haben viele deutsche Maurer, Maler, Zimmerer und andere Berufe in Dänemark Arbeit gefunden. Damals war es für sie nicht einfach, in Deutschland eine Anstellung zu bekommen. Ähnliche Konstellationen wird es in gegenseitigem Wechsel immer geben; momentan gibt es einen Mangel an Praktikumsplätzen in Dänemark und viele nicht besetzte Ausbildungsplätze auf deutscher Seite. Wenn Dänen

und Deutsche sich auch hierbei gegenseitig aushelfen und davon profitieren können, ist auch das ein Stück gute Nachbarschaft!

Und: es gibt ein sehr schönes Bild aus einer Projektarbeit zum Thema „Kunst am Bau“ mit Mauerwerk. Ein dänischer und ein deutscher Auszubildender des Maurerhandwerks hatten die Aufgabe, hierzu ein Schmuckstück zu entwerfen und zu bauen. Und so sah ein Ergebnis aus. Mit Recht duften sie schon damals sagen: „Wir bauen Europa“. ■



Nathalie Ard und
Fritz Reuter
Projektleitung Kult.kom – Kultur & Kommunikation
Berufliche Schule des Kreises Ostholstein in Eutin

Foto © Fritz Reuter

JAHRESTREFFEN MIT DER SOCIALDEMOKRATERNE

Die heutige Ausgabe des Ostholsteinbriefes ist der Beltregion gewidmet. Die Beltregion ist mehr als das Thema der festen Fehmarnbeltquerung und die damit verbundene Schienenhinterlandanbindung.

Das haben wir Sozialdemokraten schon seit längerem erkannt. Am 22. März 2014 haben die Vorsitzenden der SPD Ostholstein und der Sozialdemokraterne Lollands einen ersten Informationsaustausch gehabt. Dort haben wir zwei jährliche Thementreffen vereinbart. Am 4. Oktober tagen wir zunächst in Maribo. Themen sollen die Arbeits- und Ausbildungssituation in der Beltregion sowie Wirtschaftsfragen sein. Der Teilnehmer_innenkreis auf deutscher Seite ist noch

durch den Kreisvorstand festzulegen. Ein Vorschlag ist, dass Vertreter_innen des Kreisvorstandes, der Kreistagsfraktion, unsere Bürgermeister_innen aus Ostholstein, die Bundestags- und die Landtagsabgeordneten und weitere mit der Beltregion verbundene Genossinnen und Genossen vertreten sind. Die genaue Anzahl der von den Ländern zu stellenden Teilnehmer_innen ist noch nicht festgelegt.

Im Frühjahr 2015 werden wir Ostholsteiner_innen dann die Gäste empfangen. Ich freue mich über die Vereinbarung zu den Treffen und auf das erste Treffen selbst. ■

Lars Winter, MdL

DÄNISCH-DEUTSCHER EUROPAWAHLKAMPF 2014

Dieser Europawahlkampf war ein ganz besonderer. Es galt nicht nur rechte Kräfte zu verhindern, auch neue Wege wurden begangen. Es wurde nicht nur Wahlkampf für Europa, sondern mit Europa gemacht. Deshalb hatten wir als OV Oldenburg und Jusos Ostholstein Nord unsere dänischen Genossinnen und Genossen eingeladen. Dieser Einladung folgten der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokraten Lolland-West, Leif Utermöhl, und seine Stellvertreterin, Heidi Marqweis. Gemeinsam machten wir am Europatag in Oldenburg Wahlkampf und unterhielten uns angeregt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Alle Interessierten zeigten sich sehr erfreut über die Anwesenheit unserer Gäste – und waren zuweilen tief beeindruckt, dass wohl nun doch ein echter Europawahlkampf stattfinden würde. Uns allen hat dieser Tag gezeigt, dass uns noch ein langer Weg bevorsteht, aber wir zukünftig gemeinsam noch enger für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität kämpfen müssen. ■



Felix Feil

Foto © Annette Schlichter-Schneek

IST BALD FÜR ALLE SCHLUSS?

EIN ARBEITSLEBEN AM FÄHRHAFEN PUTTGARDEN

Ich möchte gerne aus meiner fast 40-jährigen Tätigkeit am Fährhafen Puttgarden berichten. Am 01. Juli 1975 war mein erster Arbeitstag in Puttgarden. Ich war damals Mitarbeiter einer Spedition, die für Grenzabfertigungen verantwortlich war. Wir hatten zu dieser Zeit, also vor fast 40 Jahren, ca. 1.300 Mitarbeiter am Standort Puttgarden. Zollbeamte, Wasserschutzpolizei, Mitarbeiter der Bahn, Kellner und Köche auf den Fähren sowie die Spediteure teilten sich dort die Arbeit bei Tag und Nacht, also rund um die Uhr, zwölf Monate im Jahr.

Viele dieser Mitarbeiter hatten ihr zu Hause auf Fehmarn und auf dem benachbarten Festland. Es war eine seit 1963, der Eröffnung der Vogelfluglinie, gut gewachsene Infrastruktur. Der Einzelhandel auf Fehmarn und auch besonders in Großenbrode, die Schulen und Kindergärten sowie das Burger Krankenhaus waren dankbare „Abnehmer“ dieser Arbeitnehmer mit ihren Familien. Ich selbst pflegte dann in den kommenden Jahren meiner Tätigkeit Freundschaften in Dänemark, die durch die grenzüberschreitende Arbeit entstanden. Geburtstage, Jubiläen und Hochzeiten wurden beiderseits des Belts gefeiert. Die Zusammenarbeit zwischen Puttgarden und Rødby konnte man in all den Jahren als überaus herzlich bezeichnen, das galt durchweg für alle ansässigen Berufssparten. Auch Fußballturniere und gemeinsame Radtouren wurden regelmäßig organisiert. Dann aber kamen die Jahre, in denen das Schengener Abkommen (keine Personenkontrollen mehr erforderlich), der Verlust von Duty-Free, der Abzug des Güterverkehrs über den Großen Belt (1998) sowie der Wegfall der Zollgrenzen seine Spuren bei den Arbeitsplätzen hinterlassen hat. Viele Kolleginnen und Kollegen haben dadurch ihren Arbeitsplatz verloren bzw.

gingen in den Vorruhestand. Auch bei der Reederei kam es in den vergangenen Jahren zu einem Personalabbau. Das alles hat die Kaufkraft auf der Insel erheblich geschmälert. Heute ist die Grundschule Puttgarden nicht mehr vorhanden, auch ein Zeichen fehlender Arbeitsplätze in Puttgarden, Kinder werden hier dadurch kaum noch eingeschult. Das gleiche gilt für den Sportverein SV Puttgarden, auch dieser ist aufgelöst worden. Es fehlten die Mitglieder, die früher zum großen Teil beim Fährbahnhof arbeiteten. Heute sind noch ca. 600 Mitarbeiter (Fährverkehr, Wasserschutzpolizei, Bahn und Grenzschutz) hier am Standort tätig. Vieles hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Freundschaften, Fußballturniere und gemeinsame Radtouren gibt es eigentlich kaum noch. Schade!!! Auch die Städtefreundschaft zwischen Burg und Rødby hängt am Tropf. Alles hat wohl seine Zeit.

Und wenn jetzt auch noch ein Tunnel gebaut werden soll, ist auch der Rest an Infrastruktur zerstört. Hunderte Arbeitsplätze gehen verloren, nicht nur in Puttgarden, sondern auch bei den Lieferfirmen der Reederei (Reinigung, Einzelhandel, Gastronomie, Baugewerbe). Ich will diesen Tunnel nicht, er zerstört nicht nur meinen, sondern auch die Arbeitsplätze meiner Kolleginnen und Kollegen.

Übrigens bin ich seit drei Jahren Konzernbetriebsratsvorsitzender der Scandlines. Und hoffe im nächsten Jahr mein 40-jähriges Dienstjubiläum zu feiern, OHNE TUNNEL!!!!!!!

Wie heißt es doch, die Hoffnung stirbt zum Schluss! ■

Bernd Friedrichs
Vorsitzender der AfA Ostholstein

DIE FESTE FEHMARNBELTQUERUNG

EINE KATASTROPHE FÜR OSTHOLSTEIN

Längst muss man es nicht mehr hinter vorgehaltener Hand oder in verschlossenen Hinterzimmern aussprechen: Die Feste Fehmarnbelt-Querung (FFBQ) ist das unsinnigste Verkehrsprojekt unseres Landes – und niemand in der Politik traut sich, dieses sichere Desaster zu stoppen?

Bringen wir es doch einmal auf den Punkt: Alle Fakten sprechen gegen diesen Wahnsinn, der hier langsam Fahrt aufnimmt. Ein Vertrag, der in grauer Vorzeit von Herrn Bundesverkehrsminister Tiefensee unterzeichnet wurde, und dessen Planung und Beschluss aus der Zeit des kalten Krieges stammt.

Aus Ostholsteinischer Sicht gibt es leider nur Verlierer, wenn der 18 km lange Tunnel mit der damit einhergehenden Schienenhinterlandanbindung kommt – wenn auch unterschiedlich stark betroffene Verlierer. Der/die Eine wird den dauerhaften Lärm und die ständigen Vibrationen vielleicht weniger stark spüren, dafür vermutlich mehrmals täglich für lange Minuten geschlossene Bahnschranken, auf dem Weg zum Einkaufen, zur Arbeit oder auf dem Weg ins Kranken-

haus oder mit Blaulicht zum Einsatzort... Der/die Andere bekommt die Bahntrasse in unmittelbare Nähe seines/ihrer Hauses gelegt und darf zusehen, wie das Haus, das einmal als Alterssicherung gedacht war, seinen Wert verliert und den Erholungswert, die Ruhe im heimischen Garten gegen den Lärm

- ◇ zunächst einer gigantischen, mindesten zehn Jahre dauernden Baustelle und später
- ◇ gegen den von 80, 100 oder noch mehr Güterzügen am Tag, von bis zu 450 m Länge am Tag eintauscht. Müssen wir wirklich sklavisch den deutsch-dänischen Staatsvertrag einhalten?

Dann müssten beide Parteien sich längst wieder an einen Tisch gesetzt haben, um sich über die mittlerweile nicht mehr kalkulierbaren Kosten zu unterhalten (Art. 22 des Staatsvertrages). Die für die Planung zugrunde gelegten Kosten basieren auf Zahlen von vor vielen Jahren. Es geht hier um nicht weniger als ein weiteres Milliardengrab im Stil von Stuttgart 21, Flughafen Berlin, Elbphilharmonie ...

Schon heute werden die Gesamtkosten für das Projekt (Querung mit Hinterlandanbindung) mit 12 Mrd. € beziffert. Was aber würde der fertige Tunnel schließlich tatsächlich kosten? Wie will der Staat Dänemark die mit acht Milliarden Euro veranschlagten Kosten denn jemals über eine Maut wieder hereinbekommen? Auch in Dänemark melden sich immer mehr Kritiker dieses Mammutprojektes zu Wort; auch unseren Nachbarn im Norden wird mehr und mehr bewusst, dass der Tunnel durch den Fehmarnbelt viel mehr Risiken birgt als er Vorteile bringen könnte. Auch den Dänen wurden veraltete Zahlen vorgelegt, es war keine Rede vom seit Jahren rückläufigen Verkehr auf der Vogelfluglinie, vom sinkenden Schienengüterverkehr Deutschland – Skandinavien, von einem Wirtschaftswachstum, das schon seit Jahren geringer als 1% ist.

Hinzu kommt, dass die Reederei Scandlines, die sich jetzt zur Klage gegen das Projekt entschlossen hat, auf der Route Puttgarden-Rødby seit Jahren schwarze Zahlen schreibt und überhaupt nicht daran denkt, diese Route dem Tunnel zuliebe einschlafen zu lassen. Im Gegenteil: Scandlines rüstet auf und nimmt auf der Route durch den Fehmarnbelt demnächst Fähren in Betrieb, die in Punkto Schadstoffausstoß Klassenbeste sein werden. Viele LKW-Fahrer werden auch weiterhin mit dem Schiff nach Deutschland kommen, weil sie an Bord ihre 45 Minuten Lenkruhezeit nehmen können – spätestens nach 4,5 Stunden hinter dem Lenkrad muss der LKW-Fahrer seine Fahrt 45 Minuten unterbrechen. Wenn der Berufs-

kraftfahrer den 18 km langen Tunnel durchfahren würde, müsste er sich bald irgendwo ein Plätzchen für diese Pause suchen.

Die Liste der Fakten, die gegen die FFBQ sprechen, ließe sich beliebig fortsetzen, wobei der vermutlich wichtigste Aspekt, der Eingriff in die Natur, bisher noch gar nicht erwähnt wurde. Der ruinöse Umgang mit den Ressourcen der Erde (Land, Meer, Tierwelt, Energie, Menschen) ist keine Wirtschaftsform der Zukunft – mit der FFBQ wird unermesslicher Schaden angerichtet. Die Tourismuswirtschaft ist in Ostholstein der zentrale, tragende Grundpfeiler. Den landwirtschaftlichen Betrieben werden Verluste von Land und Bewirtschaftungsmöglichkeiten zugemutet, die bis zur Existenzgefährdung reichen. Und es werden Eingriffe in die Natur vorgenommen, die das Gesamtsystem Ostsee grundlegend gefährden. Die Zerstörung an Fauna und Flora stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen der Querung.

Deshalb sind die Bürgerinitiativen in der Allianz gegen die Feste Fehmarnbeltquerung generell gegen die FFBQ und fordern den sofortigen Stopp der Verschwendung öffentlicher Gelder und der Planung der FFBQ und der Gütertrasse durch Ostholstein. ■

Dierk Dürbrook, Dorfvorsteher Klingberg, Gründungsmitglied der Bürgerinitiative Pönitzer Seenplatte (BIPS), die sich der Allianz gegen die Feste Fehmarnbeltquerung angeschlossen hat.

SPD GEMEINDEVERTRETER FORDERN

BÄDERBAHN MIT ORTSNAHEN BAHNHÖFEN ERHALTEN!

Als Ergebnis des Raumordnungsverfahrens (ROV) durch die Landesplanungsbehörde Schleswig-Holstein wird die Bahn-Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbeltquerung ins Hinterland verlegt werden. Somit stellt sich die Frage nach dem Erhalt der jetzigen Bäderstrecke mit den ortsnahen Bahnhöfen für Bahnreisende, die jetzt und in Zukunft auf der Schiene anreisen (möchten).

Der Vorschlag aus Kiel läuft auf eine Aufhebung der Bestandsstrecke hinaus. Zahlreiche neue Haltepunkte werden dann auf die grüne Wiese verlegt, die Anbindung für Berufspendler, Bürger ohne PKW, Gäste – insbesondere Tagesgäste – würde erheblich erschwert werden. Ein angedachter Shuttle-Service belastet die angespannten Gemeindehaushalte jährlich mit einem sechsstelligen Betrag.

Zahlreiche betroffene Bürger haben sich entschieden gegen die geplante Schließung und für den Erhalt der fußläufig zu erreichenden Haltepunkte ausgesprochen. Für Reisende nach Kopenhagen soll die Fahrzeit verkürzt werden, für eine ungleich größere Anzahl von Gästen und Pendlern aus unserer Region wird das Gegenteil erreicht.

Das Argument der Landesregierung, die Bestandsstrecke würde von der Bahn möglicherweise, in Missachtung der Ergebnisse des Raumordnungsverfahrens und des dokumentierten Bürgerwillens mit 8.300 Eingaben, doch für Güterzüge genutzt werden, ist wenig überzeugend. Denn die neue Strecke wird durchgehend elektrifiziert, während die Bäderstrecke weiterhin mit Dieselfahrzeugen befahren wird.

Gerhard Poppendiecker, ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter: „Eine Nutzung kann auch mit einfachen Mitteln verhindert werden, indem vorerst die ortsnahe Bäderbahn in Neustadt/Holstein endet. Vielmehr sollte der wirklich gute Gedanke einer Stadtbahn rund um Lübeck, ausgestattet mit modernen, geräuscharmen und leichten Straßenbahnfahrzeugen die auf dem vorhandenen Schienennetz verkehren, vertieft werden“.

Die Stadt Lübeck, die Gemeinden, der Kreis Ostholstein und das Land Schleswig-Holstein sollten gemeinsam alles unternehmen, damit der Schienenpersonennahverkehr erhalten und ausgebaut wird. Es gibt zahlreiche Beispiele in anderen Teilen unserer Republik, bei denen private Unternehmen in derartige Projekte eingestiegen sind und neue Bahnreisende gewonnen haben. Gäste, die nur unter erschwerten Bedingungen, nach mehrfachem Umsteigen auf einem Rapsfeld aussteigen müssen, werden in Zukunft die Bahn meiden. Diese Vorstellung ist nicht nur für Pendler und Gäste ohne Auto abschreckend. Per Bahn anreisende Touristen werden die Lübecker Bucht aus ihren Ferienplanungen eher streichen. ■

Jörn Eckert

Gemeindevertreter, Fraktionsvorsitzender Timmendorfer Strand

Peter Ninnemann

Gemeindevertreter, Ortsvereinsvorsitzender Timmendorfer Strand

OSTHOLSTEIN 2044 EINE UTOPIE?!

Im Vorfeld des aktuellen Ostholsteinbriefes bin ich gebeten worden meiner Fantasie freien Lauf zu lassen. Ostholstein im Jahr 2044 – wie könnte das eigentlich aussehen? Zuerst einmal erschien mir das sehr abstrakt. Woher soll ich wissen, wie unser Kreis in 30 Jahren aussehen kann? Auf der anderen Seite lassen sich viele Entwicklungen durchaus schon erkennen. Und oft genug reden wir ja über die „wichtigen Weichenstellungen“ für die Zukunft, über „Kernfragen“ oder auch die „künftigen Generationen“. Wie könnte es also aussehen, wenn wir diese Probleme bis zum Jahr 2044 angepackt hätten? Ostholstein 2044 – eine Utopie?!

Zuerst einmal: ja, es wird Ostholstein auch 2044 noch geben. Allerdings nicht mehr länger als Kreis. Nachdem mehr und mehr Menschen ihre Verwaltungskontakte online regeln, wurde es immer unwichtiger, wo genau eine Behörde ihren Sitz hatte, oder aber wie sie hieß. Die Kreise wurden daher abgeschafft, Großgemeinden organisieren jetzt die Verwaltung. Für die Menschen vor Ort hat das letztlich nicht viel geändert.

Ostholstein hat in den vergangenen Jahren einige Einwohner_innen verloren, der demographische Wandel hat seine Spuren hinterlassen. Mittlerweile ändert sich das wieder. Junge Familien sind in den letzten Jahren nach Ostholstein gezogen und mehr Paare haben sich für Kinder entschieden. Denn die Rahmenbedingungen haben sich geändert.

Zum einen gibt es eine flächendeckende Betreuung und kostenfreie Kita-Jahre. Zum anderen haben Instrumente wie die Familienarbeitszeit und die endlich umgesetzte 30-Stunden-Woche Erfolge gebracht. Es zahlt sich auch aus, dass schon vor Jahren für flächendeckend schnelles Internet gesorgt wurde. Das brachte nicht nur Chancen für Firmen, sondern ermöglichte vielen Menschen von zu Hause aus zu arbeiten und mehr Zeit mit der Familien zu verbringen.

Diejenigen, die trotzdem noch pendeln müssen profitieren von einem intelligenten ÖPNV. Automatisierung und intelligente Vernetzung sorgen dafür, dass die Dörfer und kleinen Städte gut angebunden bleiben. Möglich gemacht haben das die frühzeitigen Investitionen der Kommunen in Elektromobilität und die Teilnahme an Pilotprojekten. Sehr gut dazu passt, dass Ostholstein seine Energie selber produziert und direkt verbraucht.

Noch heute sind die Menschen in Ostholstein froh, dass die Fehmarnbeltquerung vor vielen Jahren gestoppt werden konnte. Denn Ostholstein ist noch immer Tourismusregion. Trotz allgegenwärtiger virtueller Welt und Holografen fahren die Menschen gerne in den Urlaub. Die Ostsee ist dank des Klimawandels für Menschen aus der gesamten Europäischen Union attraktiv geworden.

Sicherlich bleiben noch viele Herausforderungen für die nächsten 30 Jahre, aber intelligente Weichenstellungen durch gute (sozialdemokratische) Politik haben viele Fortschritte gebracht.

... es könnte alles so schön sein! ■

Niclas Dürbrook

EINE ANDERE UTOPIE?!

Süsel 2044 Der Puttgarden-Rødby-Tunnel ist seit 15 Jahren fertig und auf der neuen Bahntrasse in Ostholstein fahren seither Güter- und Schnellzüge mit Haltepunkten in Süsel, Oldenburg und Puttgarden. Zwischen Neustadt und Lübeck fährt die Bäderbahn, die bei Schülern, Pendlern und Gästen wegen der Sevicewagen beliebt ist.

Die Süseler haben sich schon frühzeitig Gedanken zur Zukunft der Gemeinde und Entwicklungsmöglichkeiten mit oder ohne Tunnel gemacht. Der Kreis hatte gerade einen Demografiebericht vorgelegt, der das Ausbluten des Ländlichen Raums ankündigte. Die Gemeinde Süsel hat sich mit ihrem Entwicklungskonzept nach Festlegung der neuen Bahntrasse um einen gemeinsamen Haltepunkt mit den Nachbarn bemüht und nun neben Oldenburg und Puttgarden einen der drei neuen Bahnhöfe in Ostholstein erhalten. Süsel bietet kleinen Unternehmen gute Ansiedlungsbedingungen mit niedrigen Standortkosten, schneller Breitbandversorgung und sehr guten Verkehrsverbindungen in die Zentren Hamburg und Kopenhagen.

Zwischen Bahnhof und Hof Altona befindet sich ein stetig wachsendes überregionales Dienstleistungszentrum und ein großer Pendlerparkplatz mit Ladestationen für e-Autos neben dem Rastplatz an der Autobahn.

Inzwischen werden Güter im Fernverkehr fast ausschließlich auf der Schiene befördert und kaum jemand fährt noch Strecken über 50 Kilometer mit dem Auto. Mit rasant steigenden Kosten für den Individualverkehr stiegen immer mehr Menschen auf den öffentlichen Personenverkehr und e-Autos für Wege im Ländlichen Raum um. Diese e-Autos sind nur noch ganz selten in Privatbesitz, da sie wenig genutzt werden und schon lange keine Statussymbole mehr sind. In jedem Wohnviertel gibt es Sharing- und Ladestationen, die von Einheimischen und Touristen in ganz Ostholstein mit Chipkarten genutzt werden.

Am Fernbahnhof steigen Pendler täglich in den Zug Richtung Hamburg oder Kopenhagen. Die Fahrzeit beträgt ein-dreiviertel Stunden, die viele für Arbeit in Dänemark und ländliches Wohnen mit guter Bildungs- und Gesundheitsversorgungs-Infrastruktur für Familien in Ostholstein auf sich nehmen. Der Standort ist für alle Generationen attraktiv, Gesundheit und Tourismus haben viele Arbeitsplätze geschaffen und Arbeitnehmer mit ihren Familien angelockt.

Das Wohnen ist bahnhofsnäher geworden. Die Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastruktur zur Versorgung der immer kleiner werdenden Dörfer kostet so viel, dass die Gemeinden über ein Umsiedelungskonzept für die letzten Bewohner nachdenken. Einige Häuser und Höfe sollen dann als Sommerhäuser ohne kommunale Versorgung bewirtschaftet werden. Mit eigener Kläranlage, Stromerzeugung, aber ohne Breitbandanschluss und digitalem Anschluss an das öffentliche Gesundheitsnetz.

Süsel hat heute 5.555 Einwohner, das sind rund 200 mehr als 2012. ■

Susanne Bötticher und
Beate Müller-Behrens

TOP 3 ZAUBERFORMEL 30-30-3

WIR MACHEN DIE TOURISMUSZIELE ZU UNSEREN



Die Tourismusstrategie ist da, über Monate erarbeitet von vielen Akteurinnen und Akteuren im Schleswig-Holstein-Tourismus. Wir haben dafür Dank zu sagen und finden, dass das, was Fachleute für unser Urlaubsland entwickelt haben, politisch unbedingt unterstützt gehört. Deshalb lautet unser Vorschlag: Machen wir die

Tourismusziele zu unseren! Sehen wir, was wir tun können, um gemeinsam den zentralen Wirtschaftszweig unseres Landes weiter zu stärken.

Fakt ist, dass mit dieser Landesregierung der Tourismus endlich wieder Fahrt aufnimmt. Da lassen wir uns auch nicht das Ergebnis der Sommerferienregelung klein reden! Klar, mehr geht immer. Aber 84,6 Tage im Durchschnitt sind mehr als bisher, und das ist ein Erfolg des Ministerpräsidenten, des Wirtschaftsministers und der Bildungsministerin. Die Gefahr, dass der Zeitraum wie in diesem Jahr auf 71 Tage reduziert wird, konnte abgewendet werden. Weil jeder Ferientag für die Tourismuswirtschaft bis zu 120 Millionen Euro Umsatz bedeutet, wird klar, warum wir um jeden Tag kämpfen. Dies ist ein Erfolg und nichts anderes. Wer mäkeln will, mäkelt. Nur sollten wir in Sachen Tourismus das kleine Karo endlich einmal beiseite lassen.

Wir machen mit der Änderung des (Kommunalabgabengesetzes (KAG) aus der verstaubten Fremdenverkehrsabgabe eine moderne Tourismusabgabe. Mit der Möglichkeit für mehr Orte als bisher, touristische und (das ist neu) auch kulturelle Infrastrukturmaßnahmen von denen mittragen zu lassen, die davon profitieren. Zweckgebunden für den Tourismus, ist diese Abgabemöglichkeit eine große Hilfe für die Tourismusorte in unserem Land. Viele Kommunen kennen das längst.

Und die Ziele der Tourismusstrategie? 30 Millionen Übernachtungen ... statt heute 24 Millionen. Das ist ambitioniert, aber machbar. Doch um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir dringend (auch) mehr Übernachtungskapazitäten.

TOP 3* in Sachen Gästezufriedenheit

Im Serviceranking ist Schleswig-Holstein leider nur Mittelfeld. Das ist eines der Erkenntnisse des diesjährigen Sparkassen-Tourismusbarometers. Und leider sinkt die Beteiligung an der DTV-Klassifizierung. Gerade sie ist es aber, die den Gästen schnell einen Überblick über Angebot und das Preis-

Leistungsverhältnis gibt. Wir müssen noch mehr Betriebe ermuntern, sich klassifizieren zu lassen.

30 Prozent mehr Umsatz: 2012 waren es 6,9 Mrd. EUR. Wir brauchen Rahmenbedingungen, damit der Umsatz bis 2025 auf neun Mrd. EUR steigen kann. In unserem Antrag haben wir dazu die aus unserer Sicht wesentlichen Punkte aufgeschrieben. Wenn in der Ausschussberatung weitere hinzukommen, tut das der Sache gut. Auf ein paar Stichworte möchte ich hier eingehen, und da sind wir auch bei der Verantwortung der Unternehmen im Tourismus.

Erstens: Gäste wollen heutzutage W-LAN haben, im Hotel auf jeden Fall und in Cafés, Restaurants und am Strand ebenso. Auch wenn wir unseren Gästen gern sagen möchten: „Schalt doch mal ab, sei unerreichbar, mach mal langsam“. W-LAN an Stränden und in Hotels nicht zu haben, ist der nächste Ausschlussgrund unserer Gäste, nicht wiederzukommen. Hier sollten wir gemeinsam kreative Wege finden.

Zweitens: Ob man Fachkräfte sucht oder um Kundinnen und Kunden wirbt: Inklusion und Barrierefreiheit werden Top-Themen der Zukunft sein.

Drittens: Unsere Gäste erwarten einen nachhaltigen Tourismus. Daran werden wir nicht vorbeikommen, der Markt an uns hingegen leider schon.

Ökologisch, ökonomisch und sozial. Mit klima- und ressourcenschonenden Betrieben, mit solider Nachwuchsarbeit und mit Gastfreundlichkeit und Barrierefreiheit.

Unser Schleswig-Holstein-Tourismus braucht Schulterschlüsse. Natürlich politisch. Aber auch unter den Akteurinnen und Akteuren. Schulterschluss bedeutet natürlich auch, dass Mittel für das Marketing gebündelt werden müssen. Wie oft ist von dieser Stelle von allen Fraktionen schon gefordert worden, Kirchtürme zu überwinden!

Und doch kocht mancher im Lande immer noch lieber sein eigenes Süppchen (wie aktuell ein Kneippheilbad in der Holsteinischen Schweiz), als sich mit Partnern in der Region zusammenzutun! Dass das Mitwirken in einer Tourismusorganisation auch weiter Fördervoraussetzung bleiben muss, will ich hier ganz klar sagen.

Schulterschlüsse braucht auch das Umsetzungsmanagement. Dabei müssen alle, wirklich alle mithelfen. Wir werden nicht zulassen, dass eine Tourismusstrategie noch einmal verpufft. Wir haben klare Ziele für die kommenden zehn Jahre. Für unser Lieblingsurlaubsland im echten Norden. ■

Regina Poersch

Regina Poersch, MdB

Tourismuspolitische Sprecherin in der Landtagsfraktion

*** TOP 3 Die Zauberformel der neuen Tourismusstrategie 30-30-3 lautet: 30 Mio. Übernachtungen, 30 % mehr Umsatz und in der Gästezufriedenheit unter den ersten 3 der beliebtesten Urlaubsziele Deutschlands stehen.**

SOMMERFERIENKOMPROMISS

EIN ERFOLG FÜR DEN TOURISMUS IN OSTHOLSTEIN

Den Vorwurf von Rasmus Vöge (CDU) im OHA am 18.06.2014, die Landesregierung schade mit Bäderregelung und Sommerferienregelung dem Tourismus in Ostholstein, weisen die ostholsteinischen SPD Landtagsabgeordneten Regina Poersch und Lars Winter entschieden zurück.

Die verfahrenere Situation in Sachen Sonntagsöffnung hat diese Landesregierung aufgelöst und diejenigen an einen Tisch geholt, die sich schon auf den Weg zur Klage gemacht hatten. Herausgekommen ist ein von allen Seiten getragener Kompromiss. Gleiches gilt für die Sommerferien.

Der Sommerferienkompromiss ist ein Erfolg für den Tourismus in Schleswig-Holstein und damit auch für den Ferienkreis Ostholstein. Das Jahr 2014 ist für den Sommerferienkorridor ein schlechtes Jahr. In keinem Bundesland waren im Juni Sommerferien. Für die Ferienregionen an der Ostsee bedeutet das, dass es im Juli/August kaum freie Betten geben wird, während im Juni viele Kapazitäten frei waren. Das ist das Ergebnis, wenn die Ferienzeiten sich überlagern. Wir wollen die Wertschöpfung im Tourismus zunehmend nach

Schleswig-Holstein holen.

Der neue Sommerferienkompromiss räumt mit solchen extremen Ballungen auf. Ein Zeitraum von 84,6 Tagen im Durchschnitt sind mehr als bisher (durchschnittlich 81 Tage), und das ist ein Erfolg des Ministerpräsidenten, des Wirtschaftsministers und der Bildungsministerin. Die Gefahr, dass der Zeitraum wie in diesem Jahr auf 71 Tage zu reduziert wird, konnte abgewendet werden. Weil jeder Ferientag für die Tourismuswirtschaft bis zu 120 Millionen Euro Umsatz bedeutet, wird klar, warum wir um jeden Tag kämpfen.

Gleichzeitig ist verständlich, warum andere Bundesländer gern im Hochsommer Ferien machen möchten. Ein Kompromiss ist immer der Ausgleich der einen mit den anderen Interessen. Politik kann die Rahmenbedingungen setzen, und das ist in diesem Fall wieder gut gelungen. Die Urlaubsqualität müssen aber andere schaffen. Nun ist es an der Tourismuswirtschaft, dafür zu sorgen, dass künftig noch mehr Menschen gern in Schleswig-Holstein Urlaub machen. ■
Regina Poersch, MdL

SPD KREISTAGSFRAKTION

SOMMERKLAUSUR IM LUFTKURORT BOSAU



Foto © Jutta Fritsche

Die SPD Kreistagsfraktion hat auf ihrer traditionellen Sommerklausursitzung in Anwesenheit des SPD Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Lars Winter aktuelle Themen der Landes- und Kreispolitik diskutiert. Die aktuellen Themen der Landespolitik waren die Reform des kommunalen Finanzausgleichs (FAG) und die Lehrerversorgung.

Bei den Themen der Kreispolitik stand die Landratswahl 2015 auf der Agenda. Nach der Abschaffung der Direktwahl aufgrund zu geringer Wahlbeteiligung wird der Landrat/die Landrätin im nächsten Jahr durch den Kreistag gewählt. Die zweite Amtszeit von Landrat Sager läuft nach acht Jahren am 2. Juli 2015 ab. Danach muss auf der Kreistagssitzung im März oder Juni 2015 der Landrat gewählt werden.

Die zweite Personalentscheidung betrifft die Nachfolge des hauptamtlichen ZVO Verbandsvorstehers Heiko Suhren, die auf der Verbandsversammlung entschieden wird.

Weitere Themen waren die Geburtshilfe Oldenburg und die Vorbereitung der Kreistagssitzung am 24. Juni 2014.

Die SPD Fraktion hat zu einigen Themen die politischen Weichen gestellt, sich aber zu anderen noch nicht festgelegt. Diese werden weiter offen diskutiert. ■

Burkhard Klinke

SPD Fraktionsvorsitzender im Kreistag Ostholstein

Neue ZVO Verbandsdirektorin

Die ZVO Verbandsversammlung hat am 25. Juni unsere Kandidatin Gesine Strohmeier mit 40 Ja-Stimmen zur Nachfolgerin von Heiko Suhren, der für eine dritte Amtszeit nicht mehr zur Verfügung stand, als Verbandsdirektorin gewählt. Der Mitstreiter bekam 25 Stimmen. Wir gratulieren Gesine Strohmeier herzlich zu ihrer Wahl.

JETZT IST ABER ENDLICH PAUSE!



Drei Wahlkämpfe in knapp zwei Jahren. Da kann man schon mal ein bisschen müde sein.

Ob Bundestags-, Kommunalwahl oder Europawahl: Die SPD Ostholstein war überall aktiv und das ist der Verdienst aller. Also derer, die sich am Wahlkampfstand vom Regen nicht unterkriegen lassen oder derer, die in den Urlaubsorten den Touristen erklären mussten, dass sie doch auch zu Hause

überall dabei waren. Wie auch immer, jetzt haben sich alle eine Pause verdient und ich hoffe, die kriegen wir jetzt auch mal.

Was für ein Glück, dass der Meteorologe meines Vertrauens einen super Sommer angesagt hat, der jede und jeden zum Schwitzen bringen dürfte.

Das lädt hier im schönsten Kreis natürlich geradezu zu einem Sprung ins Wasser ein, doch Duke (oben) macht vor, dass es auch ruhiger gehen kann. Also machen wir es doch wie er und Paul (unten) und lassen einfach mal die Seele baumeln. In diesem Sinne: **Allen eine schöne Sommerpause!** ■



Tim Dürbrook

Mitgliederbeauftragter der SPD Ostholstein

wählen können oder den PendlerInnen, die irgendwie doch



IMPRESSUM

SPD Kreisverband OH
Lübecker Straße 6
23701 Eutin

Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

REDAKTION

V.i.S.d.P. Lars Winter, MdL und Kreisvorsitzender, Korrektur
Christina Vadersen-Marohn, Layout und Schlussredaktion
Beate Müller-Behrens

Wir veröffentlichen gerne Artikel und Kommentare, eure Meinung und Leserbrief, wenn sie sich mit dem Thema der Ausgabe befassen oder auf den Kreis Ostholstein Bezug nehmen. Für den Inhalt sind die Autor_innen verantwortlich, Artikel ohne Namen entsprechen der Meinung der Redaktion, Kürzungen und Korrekturen behalten wir uns vor. ■

Die Redaktion

Mails für die Redaktion bitte an Lars Winter winter.mdl@aol.de und Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de senden